

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) als Schwerpunkt vorgenommen: Wir wollen etwas für den fairen Handel tun. Wir wollen dazu beitragen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel für Blumen, Kaffee und viele Genussmittel aus Ländern des Südens einen fairen Preis bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Blumen ist dieser faire Preis noch nicht einmal höher als bei Blumen, die unter unmöglichsten Bedingungen mit einem Maximum an Pestiziden unter geringsten sozialen Bedingungen erzeugt werden. Die Menschen im Süden, die diese "normalen" Blumen anbauen, werden dadurch massiv gesundheitlich geschädigt.

Deshalb: Wenn Sie Blumen zum Beispiel mit dem Flower-Label aus Ländern des Südens kaufen, die ohne oder mit ganz wenigen Pestiziden angebaut sind und dort von Leuten angebaut werden, die faire Arbeitsbedingungen und faire Verträge haben - diese Blumen sind keinen Pfennig teurer -, können Sie alle einen Beitrag zum fairen Handel, zum fairen Miteinander von Ländern des Südens und Nordrhein-Westfalen leisten. Das machen wir hier, und das macht Spaß. - Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 10 liegen nicht vor.

Wir stimmen zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge ab. Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/933** - Stichwort: BSE-Soforthilfeprogramm - ab. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Der Antragsteller. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - F.D.P.-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/934** - Stichwort: Erstattung BSE-Schnelltestkosten - ab. Wer ist für diesen Antrag der CDU-Fraktion? - Die Antragstellerin und die F.D.P. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/935** - Stichwort: Erstattung Entsorgungskosten Tierkörperbeseitigung - ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/936** - Stichwort: Gewässerunterhaltung - ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltung bei der F.D.P. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/810** ab. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - CDU und F.D.P. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 5** auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

mit den Teilbereichen a) Ministerpräsident und Staatskanzlei, b) Landesplanung und c) Europaangelegenheiten. Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/802 und eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Ministerpräsident und Staatskanzlei

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Kollege Jostmeier. Bitte schön.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal sollte man angesichts der Tatsache, dass wir schon 21.10 Uhr haben, einen herzlichen Dank an all die Kolleginnen und Kollegen richten, die noch da

(Werner Jostmeier [CDU])

(A) sind und ihrer Pflicht, der Haushaltsberatung zu folgen, jetzt auch nachkommen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber nicht Ihre wegen!)

- Ich weiß, Herr Eumann, jetzt kommen wieder die ganz tollen Zwischenrufe von Ihnen. Ich freue mich schon, wenn ich den Quatsch, den Sie immer dazwischenreden, nachher nachlesen kann.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Nur zuhören, dann ist es schön!)

- Man hat manchmal das Gefühl, dass Sie Ihre Kindergartenzeit in Ihren Zwischenrufen verbal nachholen müssen, Herr Eumann.

(Ho-Rufe bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Es ist schön, Ihnen zuzuhören!)

Wenn es um den Haushalt des Chefs der Landesregierung geht, sollte man meinen, dass die Schwerpunktsetzung der Regierung entsprechend deutlich wird und man daraus auch die Richtlinien der Politik erkennen kann. Wir haben heute im Verlauf der gesamten Debatte - wahrscheinlich auch Sie, Herr Kollege - festgestellt, dass uns das Geld an allen Ecken und Kanten fehlt. Wenn man den Haushalt 02 liest, hat man das Gefühl, dass es mit der Sparsamkeit doch nicht so weit her ist und dass man genug Geld hat.

(B)

Ich habe gerade die feurige Rede von Frau Höhn gehört, die sich ja herzlich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, bedankt hat, dass sie nun im Bereich der Eine-Welt-Politik tätig sein darf. Ich möchte doch mal die Frage stellen, ob Frau Höhn noch genauso feurig hier geredet hätte, wenn sie die Wahl gehabt hätte, die Landesplanung zu behalten und nicht dieses übernehmen zu müssen.

Zunächst einmal stellen wir fest, dass sich der Haushalt des Ministerpräsidenten personell ganz erheblich aufgebläht hat, zum einen dadurch, dass sich der Herr Ministerpräsident immer mehr Kompetenzen an Land zieht, wie z. B. die Europapolitik, zu der Frau Keller nachher Stellung nehmen wird. Ferner liegen die Kirchenpolitik und die Medienpolitik bei Ihnen, Herr Ministerpräsident.

Auch die Landesplanung haben Sie zur Chefsache erklärt. Sie erklären vieles zur Chefsache, u. a. ist

in den vergangenen Jahren HDO stets zur Chefsache erklärt worden. (C)

Das, was im Medienausschuss zu HDO und zum Verkauf von HDO gesagt worden ist, erwähne ich ganz bewusst noch einmal bei den Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren. Wir werden sehr darauf achten, ob und wie mit staatlichem Geld hantiert wird.

Ich möchte drei Themen bei diesen Haushaltsberatungen zum Gegenstand machen, womit wir nur exemplarisch darstellen wollen, in welchen Bereichen ganz erheblich gespart werden könnte.

Zum einen bei der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das habe ich schon zu Beginn meiner Kindergartenzeit gehört!)

Ich empfehle jedem von uns, in dieser Broschüre, die wir im Hauptausschuss - Dank Herrn Staatssekretär Adamowitsch - bekommen haben, einmal nachzulesen, mit wie vielen Hochglanzbroschüren wir es bei der Landesregierung inzwischen zu tun haben.

(Zuruf des Marc Jan Eumann [SPD]) (D)

- Herr Eumann, ich weiss, dass Sie mit Ihren Zwischenrufen nicht aufhören.

Wenn Sie diese ganzen Hochglanzbroschüren lesen, können Sie sehr gut feststellen, wie viel in diesem Bereich eingespart werden könnte.

Ich will einen zweiten Bereich nennen, meine Damen und Herren - ich brachte das Stichwort HDO -, Zuschüsse zur Filmstiftung.

(Zuruf des Marc Jan Eumann SPD)

Wir schlagen vor, diesen Ansatz um 5,5 Millionen DM zu kürzen. Wir haben nämlich auch bei der Begründung - dort steht es auch seitens der Landesregierung - festgestellt, dass lediglich 2 Millionen DM an das Land zurückfließen. Wenn derartige Begründungen gebracht werden, dass die Filmstiftung ihrer ursprünglichen Zielrichtung gar nicht gerecht wird,

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun?)

(Werner Jostmeier [CDU])

(A) muss nach unserer Meinung überprüft werden, ob in diesem Bereich nicht wesentlich gekürzt werden kann.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie reden über die erfolgreichste Filmförderung der Republik!)

- Herr Eumann, ich weiss, dass Sie es nicht lassen können. Machen Sie von mir aus gerne weiter. Sie bringen mich nicht aus dem Konzept, keine Sorge.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ich will Ihnen nur helfen!)

Zu den Aufgaben des Landespresse- und Informationsamts. Meine Damen und Herren, wir schlagen vor, die Ansätze in diesem Bereich um 1,5 Millionen DM zu kürzen. Diese Mittel dienen allein der Selbstdarstellung des Regierungschefs und der Landesregierung und sind weiter in Verbindung zu sehen mit zahlreichen korrespondierenden Titeln im Haushalt, wie z. B. mit den 1,9 Millionen DM für die Repräsentation dieser Landesregierung.

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit HDO zu tun?)

(B) - HDO war schon längst abgehakt, Herr Kollege. Ich hatte bei der Filmstiftung davon gesprochen.

Als drittes Beispiel nenne ich die Zuschüsse an die Projekt Ruhr GmbH. Dabei will ich aber gar nicht auf die Art und Weise hinweisen, wie das im vergangenen Jahr entstanden ist. Das hat selbst in Koalitionskreisen zu ganz erheblichem Wirbel geführt.

Seit knapp einem halben Jahr ist die Ruhr GmbH tätig. Es sind 30 Kräfte dort tätig. Wir schlagen vor, die Ansätze in diesem Bereich um 10 Millionen DM zu kürzen. Das haben wir auch im Hauptausschuss dargestellt.

Wir wollen nicht konkrete Projekte kürzen, die bereits laufen. Wir möchten aber nicht, dass wieder ein weiterer bürokratischer Bau geschaffen wird. Wir sind der Meinung, dass dies durch den KVR und durch die Kommunen wesentlich effektiver, effizienter und hilfreicher abgewickelt werden können.

(Beifall bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren, ich nenne nur diese drei Beispiele. Wenn man tatsächlich die Absicht hat zu sparen, gäbe es im Einzelplan 02 erhebliche Potenziale, Haushaltsmittel zu kürzen und im Interesse des Steuerzahlers des Landes Nordrhein-Westfalen einzusparen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie hätten sich Ihre Rede auch sparen können!)

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Nachfolgern, Frau Keller und Herrn Sahnen, noch genügend Redezeit geben. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Jostmeier. Das Wort hat Frau Abgeordnete Danner für die SPD-Fraktion.

(D) Dorothee Danner (SPD): Herr Präsident! meine Damen und Herren! Lieber Herr Jostmeier, ich werde Ihnen den Genuss nicht versagen, unserem Ministerpräsidenten gleich zuzuhören, wenn es um die Filmstiftung geht, aber einiges muss man zu Ihren Ausführungen doch sagen.

Beginnen wir mit der Projekt Ruhr GmbH. Zurzeit stellen Sie zwar einige Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte,

(Zuruf von der SPD: Noch!)

aber das wird sich nach der nächsten Kommunalwahl wieder deutlich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Merkwürdig ist aber Ihr Auftritt heute in dieser Landtagsdebatte; denn die sind einhellig der Meinung, dass die Projekt Ruhr GmbH für die Entwicklung Ihrer Städte und der Region eine sehr wichtige Sache ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das macht Herr Jostmeier immer! Er redet immer von Sachen, die er nicht versteht!)

Ferner haben Sie diese Repräsentationskosten angesprochen. Gerade die CDU-Fraktion zitiert

(Dorothee Danner [SPD])

- (A) immer so schrecklich gerne Bayern. Wenn Sie sich die Vorlagen angesehen haben, die wir bekommen haben, in denen es um den Ländervergleich geht, hätten Sie dort nachlesen können, dass das Land Bayern unter diesem Haushaltstitel 4,97 Millionen DM angesetzt hat. Also wäre es doch fair von Ihnen gewesen, dem Ministerpräsidenten vorzuschlagen, diesen Haushaltstitel deutlich zu erhöhen. Dieser Meinung sind wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns im Hauptausschuss mit dem Einzelplan "Ministerpräsident und Staatskanzlei" ausführlich befasst. Wir haben alle Meinungen eingeholt. Wir haben uns vortragen lassen. Wir sind der Meinung, dass dies ein runder Haushaltsplan ist. Wir konnten diesem Haushaltsplan zustimmen. Deshalb mussten wir Ihre Anträge leider ablehnen. Das tut mir Leid.

Etwas merkwürdig war allerdings, dass sich die F.D.P.-Fraktion - Frau Thomann-Stahl, in dieser Hinsicht kann ich Sie nicht aus der Verantwortung lassen - bei mancher Abstimmung im Hauptausschuss zum Haushalt einfach der Stimme enthalten hat, ohne dass näher zu begründen. Es wäre aber nett gewesen, wenn Sie das näher begründet hätten.

(B)

Wir fordern Sie heute auf, der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zuzustimmen. Meine Kollegin Sikora und mein Kollege Strehl werden zu den entsprechenden Bereichen im Einzelplan 02 noch Ausführungen machen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Danner. - Das Wort hat Frau Thomann-Stahl von der F.D.P.-Fraktion.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident! Ich will den Kritikpunkten von Herrn Jostmeier noch zwei Punkte anfügen. Ich will sie nicht wiederholen. Das scheint mir nicht notwendig zu sein. Ich erwähne zwei Themen, die uns ganz besonders am Herzen liegen.

Das erste Stichwort ist die Medienpolitik. Hier stellen wir viel durchaus liberale Rhetorik fest - zuletzt in der Debatte am 14. Februar 2001 zur Novellierung des Landesrundfunkgesetzes, in der ja Herr Clement sein 10-Punkte-Programm vorstellte, das einiges von dem enthielt, was Herr Dr. Grüll für uns vorher an Eckpunkten vorgelegt hat. Wir sind uns hier nur nicht sicher, ob diesen Worten auch die notwendige Entschlossenheit in der Tat folgt.

(C)

Das zweite Stichwort ist Medienkompetenz. Hier sind wir uns sicherlich alle einig über die Bedeutung, die diesem Thema insbesondere für junge, aber nicht nur für junge Menschen zukommt. Wir haben deswegen beantragt, die Mittel von 6 auf 25 Millionen DM zu erhöhen. Das wurde abgelehnt. Es sei kein Geld vorhanden. Es ist kein Wunder, dass kein Geld vorhanden ist, wenn man bedenkt, dass HDO das Land mittlerweile über 100 Millionen DM gekostet hat.

Ein weiteres Thema, das uns und auch mir ganz besonders am Herzen liegt, ist die Integration muslimischer Mitbürger in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu will ich einige Ausführungen machen. Wir haben ja im Zuge der Zuwanderung einen Zuwachs an muslimischen Mitbürgern von über 800.000. Wir haben mittlerweile die größte islamische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik. Welche Bedeutung dies für unser Land hat, wie sich die Zuwanderer integriert haben, wo es möglicherweise noch Defizite aufzuarbeiten gibt - das wollen wir als F.D.P.-Fraktion mit unserer Großen Anfrage, die wir in der letzten Woche eingebracht haben, herausfinden.

(D)

Die Muslime haben religiöse Vereine gegründet, deren Aufgabe es war und ist, das soziale Glaubensleben zu sichern. Und im Laufe der Jahrzehnte haben sich hier Dachverbände herausgebildet, wie der türkische DITIP in Köln, der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland oder der Zentralrat der Muslime in Aachen.

Die beiden letztgenannten Räte haben sich auf die deutsche Gesellschaft hin orientiert. Sie erfassen Gläubige aller Rechtsschulen und auch beider Konfessionen, das heißt, Sunniten und Schiiten. In den Organisationen arbeiten zunehmend deutsche Staatsbürger mit. Deren Zahl steigt im We-

(Marianne Thomann-Stahl [F.D.P.])

- (A) sentlichen durch Einbürgerung. Die Kinder sind deutsche Bürger von Geburt an und werden Soldaten, Polizisten und Beamte in kommunalen und in allgemeinen staatlichen Verwaltungen. Damit stellt sich für uns Liberale die Frage nach der grundgesetzlichen Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger.

Islamrat und Zentralrat bemühen sich seit Jahren um Kooperation. Das mündete beispielsweise im Herbst letzten Jahres in die bestehende gemeinsame Kommission für den islamischen Religionsunterricht.

Die F.D.P.-Fraktion hat nun beantragt, 350.000 DM bereitzustellen, um die Kooperation der beiden Räte zu befördern und die Voraussetzungen für einen dauerhaften und Erfolg versprechenden Dialog zwischen der Landespolitik und den Muslimen zu schaffen. Und ich werbe hier nochmals um Verständnis und um Bereitschaft dafür.

Herr Adamowitsch hat im Hauptausschuss die Ablehnung der Landesregierung damit begründet, dass er auf die Majorisierung des Islamrats durch die verfassungsfeindliche Milli Görüs hinwies und anführte, dass es der Landesregierung deshalb schwer fallen würde, mit dem Islamrat zu sprechen.

- (B)

Ich gestatte mir hier den Hinweis, dass es Vorstandsmitglieder der Milli Görüs mit SPD-Partei-buch gibt und andere, die CDU-Mitglieder sind. Es gibt Mitglieder, die Beamte bei der Polizei sind. Und es gibt andere Mitglieder, die ihren Wehrdienst bei der Bundeswehr ableisten. Und nach Solingen und Mölln haben gerade die Milli-Görüs-Moscheen für Ruhe unter den Jugendlichen gesorgt und ausgesprochen integrativ gearbeitet. Das hat auch Herr Müntefering kürzlich bei einem Gespräch mit dem Islamrat anerkannt.

Wir wollen nicht verkennen, dass es in der Organisation extremistische Mitglieder gibt, aber die Mehrheit bemüht sich um Integration, um Zusammenarbeit, um den Erhalt ihrer Glaubensgrundsätze innerhalb der staatlichen Ordnung und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Und wir sollten das anerkennen. Wir sollten nicht ausgrenzen. Wir sollten unsere Hilfestellung anbieten - offen und ohne Vorurteile.

Bitte überprüfen Sie im Hinblick darauf Ihre Entscheidung noch einmal. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Thomann-Stahl. - Das Wort hat Frau Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Diskussionen im Hauptausschuss zum Thema Landeshaushalt und zu dem Einzelplan, mit dem wir uns jetzt befassen, als vergleichsweise moderat und auch sachlich empfunden. Ich sitze noch im Schulausschuss. Da ging es erheblich heftiger zu. Auch hier im Plenum bewegt sich das ja im normalen Rahmen.

Ich möchte nur drei Anmerkungen machen. Ansonsten hat die Kollegin Danner schon das Wesentliche - auch vom Ergebnis her - gesagt.

Frau Thomann-Stahl, ich verstehe Ihren Antrag wirklich nicht ganz. Sie haben hier bei der Debatte über das Kirchgeld z. B. sehr deutlich gemacht, dass die F.D.P. für die Trennung von Kirche und Staat eintritt. Wir tun das ja vom Grundsatz her auch. Und jetzt sprechen Sie sich hier aber für eine staatliche Förderung aus und werben dafür.

(D)

Der wesentliche Grund - für mich zumindest - für die Ablehnung Ihres Antrags, die ja von der CDU auch so vorgenommen worden ist, war auch die Aussage, dass das katholische Büro und das evangelische Büro, die ja auch ihre Kontakte zur Landespolitik gestalten und pflegen, keine institutionalisierten Zuschüsse durch das Land erhalten und dass wir hier vor dem Hintergrund eine andere Lage herstellen würden.

Das ist für mich der wesentliche Grund dafür, Ihrem Antrag nicht zu folgen. Unabhängig davon, welche institutionalisierte Förderung bereitgestellt wird, bemühen wir uns natürlich um Kontakte und pflegen sie. Die Annahme oder Ablehnung Ihres Antrages hat also nichts damit zu tun, wer sich mehr oder weniger für Integration einsetzt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Ein anderer Punkt wunderte mich auch: Sie sagen doch sonst immer, Private könnten vieles besser machen. Hier sprechen Sie sich aber entgegen Ihrer sonstigen Linie auf einmal dafür aus, dass der Staat das in die Hand nehmen soll. Das empfinde ich als inkonsequent.

Der Medienausschuss beschäftigt sich jetzt im Wesentlichen mit der Medienpolitik des Landes. Was HDO angeht, haben auch wir in der Vergangenheit immer gesagt, dass wir das nicht als ein rühmliches Kapitel der Landespolitik ansehen. Natürlich hoffen wir, dass dafür keine weiteren Gelder ausgegeben werden. Das würden wir nicht begrüßen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit schließe ich mich ebenfalls dem an, was Frau Danner gesagt hat. Im Landesvergleich fällt die Öffentlichkeitsarbeit nicht besonders aus dem Rahmen. Sie stellt auch nicht die Grube dar, aus der sich die größeren Summen holen ließen, die wir etwa im Bereich der Bildungsinvestitionen benötigen. Aber natürlich ist aus unserer Sicht auch richtig, dass wir in Zukunft darauf achten, wie man hier die Dinge optimieren, verstärkt das Internet nutzen und im Bereich der Sachmittel sparen kann. Das wollen wir hier genauso wie in allen anderen Bereichen auch. Die Öffentlichkeitsarbeit aber so herauszugreifen, wie es vonseiten der Opposition geschehen ist, halten wir für nicht in Ordnung. Eine Landesregierung muss sich in der Öffentlichkeit darstellen und ihre Politik in der Öffentlichkeit vermitteln können. Wir sehen also keinen Grund, die Mittel dafür zu beschneiden.

- (B) So viel zu den Punkten, die im Hauptausschuss eine Rolle gespielt haben. Zu den europapolitischen Fragen wird noch die Kollegin Koczy sprechen. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Clement. - Bitte schön.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin für die sehr sachliche Diskussion zum Einzelplan 02 sehr dankbar.

- (C) Herr Kollege Jostmeier, aus einem Haushaltsplan werden Sie nicht erkennen können, welches die Aufgaben eines Ministerpräsidenten sind, zu denen auch die Richtlinienkompetenz gehört, sondern Sie werden das aus der politischen Arbeit heraus bewerten müssen. Dass beim Ministerpräsidenten die internationalen Aufgaben einschließlich der Europafragen, der deutschlandpolitischen Fragen, die medienrechtlichen und medienwirtschaftlichen Fragen, die Fragen, die mit dem Verhältnis zu den Kirchen zu tun haben, und die Landesplanung angesiedelt sind, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die einzige Ausnahme ist die Projekt Ruhr GmbH. Wir haben diese Gesellschaft eingesetzt, weil die Arbeit für das Ruhrgebiet unter äußerstem Zeitdruck stattfinden muss und weil wir innerhalb der nächsten fünf Jahre im Ruhrgebiet den Durchbruch erzielen müssen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

- (D) und zwar deshalb, weil im Jahr 2006, von allen anderen Fragen einmal abgesehen, die Förderung durch die Europäische Union in der Größenordnung von etwa 4 Milliarden DM, die bis zu diesem Zeitpunkt noch fließen, aller Wahrscheinlichkeit nach auslaufen wird. Deshalb muss dieser Prozess mit allem Nachdruck gesteuert werden. Das ist die Auflösung des ganzen Geheimnisses.

Dass aus diesem Tatbestand sowie aus der Tatsache, dass die Landesplanung in die Staatskanzlei zurückgekehrt ist, Veränderungen im Haushalt des Ministerpräsidenten erfolgen, ist ohne jede Überraschung. Dies bringt schon eine Personalaufstockung in der Größenordnung von etwa 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit sich, was aber nichts anderes bedeutet, als dass Personal vom Umweltministerium in die Staatskanzlei verlagert worden ist. Es macht also wirklich keinen Sinn, uns dies vorzuhalten. Das ist unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten ausschließlich Technik; ansonsten ist es Politik.

Ich komme zu dem, was Sie und auch Frau Kollegin Löhrmann zur Öffentlichkeitsarbeit gesagt haben. Ich bin sehr dankbar, dass Sie nicht an den Ansatz von 3,6 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit herangehen. Ich halte diesen Ansatz fast für eine Zumutung. Gemessen an dem, was

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) in anderen Landeshaushalten für Öffentlichkeitsarbeit verwandt wird, ist diese Summe wirklich banal. Einschließlich meiner Zeit als Staatssekretär gehöre ich dieser Landesregierung seit 1989 an. Seitdem sind diese Mittel fast nicht gestiegen.

Es reizt mich einfach, Ihnen jetzt einmal vorzulesen, wofür diese Mittel ausgegeben werden. In diesem Haushalt sind 3,6 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung eingestellt, für das Landespresse- und Informationsamt, das übrigens Frau Professor Meckel leitet, die jetzt nicht anwesend ist. Ich würde gern in ihrem Beisein über dieses Thema sprechen, damit Sie vor Augen haben, über wen wir überhaupt reden.

Als typische Beispiele für die Kosten, die in diesen 3,6 Millionen DM enthalten sind - Frau Kollegin Löhrmann, das sage ich auch an Ihre Adresse, weil ich wirklich nicht die Absicht habe, mich für diese Art der Öffentlichkeitsarbeit auch noch zu rechtfertigen -, nenne ich folgende Ausgaben: 470.000 DM sind für die Verwertungsgesellschaft Wort zu bezahlen; hier geht es beispielsweise um die Finanzierung der Beiträge in den Presseschauen. 100.000 DM sind für Papierkosten, 280.000 DM für Zeitungs- und Magazinabonnements, 200.000 DM für Nachrichtendienste, 200.000 DM für Fax-, Telefon- und Internetdienstleistungen. Von diesen 3,6 Millionen DM gehen also rund 1,5 Millionen allein für diese technischen Aufgaben heraus.

(B) Ich lese irgendetwas von Öffentlichkeitsarbeit für den Ministerpräsidenten. Nennen Sie mir irgendeinen Posten, wo ich Geld gekostet habe. Nennen Sie mir im Ernst einen einzigen Posten, der der Selbstdarstellung des Ministerpräsidenten gedient hat. Das gehört zu den Dingen, die man so erzählen kann, die aber mit Politik nichts mehr zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der gestaltenden Öffentlichkeitsarbeit liegt der inhaltliche Schwerpunkt dessen, wofür hier Geld ausgegeben wird, in der Standortwerbung für das Land Nordrhein-Westfalen. Wo hat diese Landesregierung jemals, wie es andere Regierungen heute tun, eine landesweite Anzeigenkampagne in eigener Sache bestritten? Schalten wir im Hinblick auf das 2,2-Milliarden-DM-Pro-

gramm für die Schulen Nordrhein-Westfalens ganzseitige Anzeigen in allen Zeitungen unseres Landes? So etwas fände aber vermutlich in Bayern oder Baden-Württemberg statt. (C)

Weniger als diese Landesregierung für Öffentlichkeitsarbeit ausgibt, kann man schlechterdings nicht mehr ausgeben. Das wollte ich einmal in allem Ernst gesagt haben, damit verstanden wird, worum es hier geht. Ich will jetzt gar nicht mehr weitere Vergleiche anstellen, da sie ja alle hinken. Dass in Bayern mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben wird, weiß ich auch. Seit zwölf Jahren laufe ich hinter diesen Mitteln her. Aber weder Johannes Rau noch ich haben sie jemals für uns verlangt. Dass in Bayern für Repräsentation mehr Geld ausgegeben wird, ist auch bekannt. Man braucht nur einmal nach Bayern zu fahren, um dies zu erleben. Wir stellen unser Licht hier verdammt unter den Scheffel. Ich tue es teilweise wider besseres Wissen, weil es dem Land ganz gut täte, ab und zu zu zeigen, was es hat und was es ist.

(Beifall bei der SPD)

Weil ich weiß - ich habe in den vergangenen drei Jahren eine Menge gelernt, das gebe ich gern zu -, dass bei uns gern das kleine Karo getragen wird, beuge ich mich und sage: Ich brauche es nicht. Ich brauche zur Selbstdarstellung kein Geld. Sie haben mir keines gegeben, und ich verlange keines. (D)

Was die Medienwirtschaft angeht, so werden Sie wahrscheinlich noch bis ans Ende meiner Tage von HDO sprechen. Ich spreche von Digital Renaissance und der Fortsetzung; darüber werden wir zu gegebener Zeit ja noch beraten. - Ich lese hier "Redezeit zu Ende". Das kann doch nicht stimmen, Herr Präsident.

Präsident Ulrich Schmidt: Fünf Minuten hatten Sie.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Fünf Minuten? - Dann bitte ich um Entschuldigung.

Präsident Ulrich Schmidt: Wenn es kein Geld kostet, dann haben Sie noch ein paar Minuten.

(A) **Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Lassen Sie mich ohne Honorar noch ein paar Minuten reden. - Wir haben etwa 2.000 Projekte begleitet. Dass darunter auch risikoreiche Projekte und solche sind, die keineswegs so gelingen, wie man sich das vorstellt, das ist völlig klar. Ich habe leider keine Zeit, Ihnen vorzulesen, auf welchen Feldern der Medienwirtschaft Nordrhein-Westfalen absolut an der Spitze ist. Es gibt in den vergangenen 10, 12 Jahren, seit wir begonnen haben - HDO gehört dabei sicherlich bisher nicht zu den geglückten Projekten; daran besteht kein Zweifel -, kein Land in Deutschland, vermutlich auch nicht in Europa, das solche Fortschritte in der Medienwirtschaft und Medienwirtschaftspolitik erzielt hat wie wir, und zwar mit all den von uns geschaffenen Instrumenten wie etwa der Filmstiftung.

(Beifall bei der SPD)

Nach unserem Modell der Filmstiftung sind die bayerische Filmstiftung, die baden-württembergische und andere gegründet worden. Genau da liegt die Antwort auf die Frage nach dem Erfolg der Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(B) Mit Blick auf die Projekt Ruhr GmbH wünschte ich, Herr Kollege Jostmeier, Sie würden den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern der Städte einmal Ihren Vorschlag unterbreiten, Mittel zu kürzen, und zwar allen. Ich bin im Gegenteil sehr stolz - nicht stolz; wie könnte man heute noch stolz sein? -, ich bin glücklich darüber, dass die Oberbürgermeister und Landräte im Innovationsbeirat der Projekt Ruhr GmbH wirklich über die Grenzen der Städte des Ruhrgebiets hinweg diskutieren und wir in dieser Weise zu konkreten Projekten kommen. Es wäre reizvoll, würden Sie einmal einen entsprechenden Antrag stellen, damit wir an dieser Stelle berichten könnten, was in der Projekt Ruhr GmbH inzwischen alles in der Pipeline ist oder sich schon auf dem Weg befindet.

Herr Präsident, ich muss doch noch etwas zum Thema "Islamrat" sagen.

Erstens. Das ist ein überaus ernstes Thema.

Zweitens. Es ist zu unterscheiden zwischen den sozialen Fragen, den Fragen der Integration und den religiösen. In Bezug auf die sozialen und integrativen Fragen fördern wir ein Büro, fördern

wir die Zusammenarbeit. Wir sind insofern besser als alle anderen Länder. Ich weiß nicht, ob Sie, Frau Kollegin Thomann-Stahl, noch im Ohr haben, was heute Morgen die Bildungsministerin in ihrer Regierungserklärung gesagt hat: Wir haben wesentlich höhere Integrationserfolge als alle anderen Länder aufzuweisen, was sich nicht zuletzt in den Schulabschlüssen zeigt. Wir bemühen uns insofern um eine Zusammenarbeit. (C)

Die Zusammenarbeit auf dem religiösen Teil ist sehr viel komplizierter. Ich bin sehr interessiert an einem ernsthaften Dialog, in den ich sehr gern die Repräsentanten der christlichen Kirchen und andere einbeziehen möchte, um uns darüber zu verständigen, wie wir mit diesem Komplex umgehen. So, wie Sie es vorschlagen, können wir nicht vorgehen. Wir können dem Islam kein Büro finanzieren; das tun wir auch nicht für das Büro der Katholischen bzw. der Evangelischen Kirche. Das wäre wirklich ein Bruch.

Aber dass wir den wissenschaftlichen und den theologischen Verstand hinzuziehen und uns Gedanken über eine Weiterentwicklung im religiösen, im theologischen Teil machen, damit bin ich sehr einverstanden. Das nehme ich sehr gern auf - aber, wie gesagt, nicht im Sinne des Handwerklichen, sondern zunächst im Sinne des Dialogs und des Gesprächs über das, was geht und was wir gemeinsam tun sollten. Auf diesem Feld empfiehlt es sich sicherlich nicht, in eine politische Auseinandersetzung hineinzugehen, sondern sich zu überlegen, wie wir neben der integrativen Aufgabe die religiöse anfassen. - Ich danke Ihnen sehr, Herr Präsident, für die Nachsicht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Das war der erste Komplex im Rahmen des Einzelplans 02.

Ich leite dann über zum Komplex

b) Landesplanung

Hierzu spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Sahnen.

Heinz Sahnen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 9. November 2000, also vor

(Heinz Sahren [CDU])

- (A) wenigen Wochen, beschrieb der frühere Chef der Staatskanzlei, Prof. Halstenberg, im Rahmen einer Podiumsdiskussion den Zustand der Landesplanung und Raumordnung in NRW mit dem Bild: "Sie - die Landesplanung und Raumordnung - hat fünf Jahre im Ministerium von Frau Höhn einen Mittagsschlaf eingelegt; jetzt ist sie wieder da."

(Beifall des Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

Wohl wahr! Hoffen wir, dass dieses für unser Land so wichtige Politikfeld den notwendigen Freiraum und vor allen Dingen die notwendige Power erfährt. Wir wünschen es jedenfalls.

Herr Staatssekretär Adamowitsch, Sie haben im Rahmen der eben erwähnten Veranstaltung im November vorigen Jahres wie auch in der Sitzung des Umweltausschusses am 22. November 2000 angekündigt, dass im ersten Halbjahr 2001, also in wenigen Wochen, ein neues Landesplanungsrecht vorgelegt werde. Auf diesen Entwurf sind wir sehr gespannt. Wir werden uns konstruktiv am Beratungsverfahren beteiligen, unsere Vorstellungen einbringen und um Berücksichtigung bitten.

- (B) Das Bild vom Mittagsschlaf beschreibt sehr schön die Kritik an der gegenwärtigen Planungssituation und die gegenwärtigen Bedingungen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, weil ansonsten auch unter planerischen Gesichtspunkten die Entwicklung über unser Land hinweggeht. Die Rahmenbedingungen für planerische Vorgaben haben sich in den letzten Jahren rasant verändert. Dies will ich mit einigen Stichworten deutlich machen:

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat auch die Koordinaten in unserem Land verändert. Haben wir planerische Antworten gegeben? - Soziale, demographische und wirtschaftliche Veränderungen sind signifikant.

Der wirtschaftliche Strukturwandel, verbunden mit den Bewegungen vom Sekundärsektor hin zum Tertiärsektor der Wirtschaft, hat ein rasantes Tempo erfahren. Vor allem neue Kommunikations- und Informationstechnologien haben förmlich eine neue industrielle Revolution gebracht. In diesem Zusammenhang sind Stichworte wie erweiterte Wissenskompetenz, verbesserte Qualifikation und lebenslanges Lernen von größter Bedeutung.

Die Mobilität von Beschäftigten erfährt gegenwärtig eine neue Dimension. Tragen wir dem Rechnung?

(C)

Die Frage der Nachhaltigkeit ist seit langer Zeit ein zentraler Begriff. Aber auch hier haben sich die Herausforderungen verändert. Das Freizeitverhalten der Menschen ist einem auffallenden Wandel unterworfen.

Dies sind einige Eckpunkte, die belegen, dass sich die Grundlagen der Landesplanung rasant verändert haben. Entsprechend sind diese Entwicklungstendenzen in die Landesplanung einzubringen.

Der Landesgesetzgeber hat den Handlungsebenen, dem Regierungspräsidenten, den Regionalräten, den Kreisen und vor allen Dingen den Städten und Gemeinden, ein den Veränderungen angepasstes Rahmenwerk zu geben. Für die Planer ist aber ebenso wichtig, dass die Art und Weise der Abwicklung von Planung den veränderten Bedingungen angepasst wird. Hierzu drei Stichworte:

1. Planung muss schneller und flexibler werden.

Notwendige Abstimmungsverfahren mit Partnern in der Planung müssen verkürzt werden. Investoren von gewerblichen, sozialen und auch Freizeiteinrichtungen erwarten eine schnellere und vor allem auch flexiblere Handhabung. Der Satz: "Die Niederländer feiern die Einweihung eines Gewerbeparks, und die Deutschen sind noch bei der Bürgeranhörung", ist nicht nur ein flotter Spruch, sondern leider auch ein gutes Stück Wahrheit und somit ein echtes planerisches Problem.

(D)

2. Planung muss zielorientierter werden.

Planungsträger haben ihre Zielvorstellungen, ihre Visionen von der Entwicklung eines bestimmten Raumes zu definieren. Auf dieser Grundlage kann am ehesten eine bedarfsgerechte Planung erstellt werden. Das Ziel der Ansiedlung von Gewerbe ist am besten dann zu erreichen, wenn der Auftrag klar definiert ist und vor diesem Hintergrund unter planerischen Gesichtspunkten die Antworten auf Ansprüche wie Mobilität, Ausbildung und Qualifikation, Nachhaltigkeit und Zukunftsvision gegeben werden.

3. Planung muss regional vernetztes Denken beherzigen.

(Heinz Sahnen [CDU])

- (A) Kirchturmdenken muss in der Planung endlich vorbei sein. Planen in regionalen Dimensionen ist gefordert. Städtische Zentren und ländliche Räume ergänzen sich und leben von der Wechselwirkung in den Angeboten an urbanem Leben und den Chancen im ländlichen Raum.

Wir werden ein starkes Augenmerk darauf legen, dass dem ländlichen Raum ein eigenständiger Wert und eigenständige Entwicklungschancen zugesichert werden. Der ländliche Raum darf nicht nur als Auslauffläche für die Städte verstanden werden. Die Dimensionen planerischen Denkens sind zu erweitern. Regionalisierung darf nicht nur ein modernes Schlagwort in Sonntagsreden, sondern muss ein Leitprinzip zukünftiger Landesplanung sein.

In diesem Zusammenhang setzen wir auf die zukünftige Arbeit der Regionalräte, die sich in diesen Tagen konstituieren. In fast allen Regionalräten hat die CDU die Mehrheit und so in der Ausgestaltung von Landesplanung eine besondere Verantwortung. Zukünftige Landesplanung muss gegenwärtige Herausforderungen und soweit wie möglich auch zukünftige Entwicklungen berücksichtigen. Landesplanung sollte visionär sein. Diesen Anspruch hat die Landesregierung zu erfüllen. - Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke Ihnen, Kollege Sahnen. - Das Wort hat der Abgeordnete Strehl, SPD-Fraktion.

Klaus Strehl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorhin haben sich einige Kolleginnen und Kollegen dafür bedankt, dass bestimmte Zuständigkeiten gewechselt haben, so z. B. in der Hinsicht, dass die Eine-Welt-Politik inzwischen bei Frau Höhn angesiedelt ist. Auch ich möchte mich bedanken, Herr Ministerpräsident, nämlich dafür, dass die Landesplanung inzwischen bei Ihnen angesiedelt worden ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Dabei möchte ich, Herr Sahnen, auf Ihr Wort vom Mittagsschlaf nicht kommentierend eingehen. Das können wir an anderer Stelle tun.

Wir freuen uns auf jeden Fall, dass die Landesplanung inzwischen ein zwar kleines, ein zwar spätes, aber immerhin ein eigenes Kapitel bei der Beratung des Haushaltes ist. Das kennzeichnet, dass die Landesplanung eine wichtige Aufgabe ist. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, in der alle Bereiche, nicht nur der Umweltschutz, nicht nur die engere Raumordnung, sondern auch wirtschaftspolitische Aspekte und Fragen der Weiterentwicklung der Regionen, wichtig sind, gerade vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europa.

(C)

Wir müssen uns der ressortübergreifenden Bedeutung dieser Aufgabe bewusst sein. Die Landesplanung muss, wie andere Bereiche auch, berücksichtigen, dass die Grenzen in Europa gefallen sind und dass Europa zunehmend zusammenwächst.

Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass alles zentralistisch von Brüssel aus geregelt werden muss. Für uns bedeutet es, dass die wichtigsten Fragen der Landesentwicklung jeweils auf der niedrigstmöglichen Ebene gelöst werden müssen. Zwischen der Ebene des Landes und der Selbstverwaltung der Kommunen spielen hier selbstbewusste Regionen eine immer stärkere Rolle.

(D)

Deshalb war es auch konsequent und folgerichtig, die Kompetenzen der Regionalräte zu stärken. Herr Sahnen, ich muss konzedieren, dass die CDU im Augenblick in allen Regionalräten die Mehrheit hat. Aber Sie werden zugeben, dass dies lediglich temporären Charakter hat. Bei der nächsten Wahl wird das schon wieder völlig anders sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir müssen die Probleme im Dialog von kommunaler Selbstverwaltung und Land möglichst im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger einvernehmlich - das ist das entscheidende Wort - regeln. Deswegen ist es konsequent und richtig, dass wir für die Arbeit der Regionalräte die entsprechende Infrastruktur schaffen. Genau in diesem Bereich haben wir entsprechende Haushaltsanträge gestellt, um die Arbeitsfähigkeit der Regionalräte schon in diesem Jahr, aber insbesondere in den nächsten Jahren zu gewährleisten.

Mit zwei klassischen Umweltthemen möchte ich einmal exemplarisch zeigen, wie sich die Arbeit

(Klaus Strehl [SPD])

- (A) der Regionalräte, auch in Verzahnung mit dem Land und mit der kommunalen Ebene, in Zukunft gestalten wird:

Die Altlastensanierung, heute beim Einzelplan 10 schon mehrfach angesprochen, und die hierbei erforderliche Prioritätensetzung sollen - das gilt auch gerade nach der Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel für den AAV - in der Region erfolgen. Nur auf dieser Ebene ist ein fairer Interessenausgleich zwischen den kommunalen Einzelinteressen möglich.

Natürlich muss das letzte Entscheidungsrecht des Landes beim Einsatz von Landesmitteln erhalten bleiben. Auch das ist zweifelsfrei die Intention bei der zukünftigen Arbeit der Regionalräte.

Als zweites Beispiel möchte ich die Europäische Wasserrahmenrichtlinie darstellen. In 14 Tagen habe ich zu einer öffentlichen Anhörung bei dieser wichtigen Thematik eingeladen. Die bisher vorliegenden Stellungnahmen zeigen eindrucksvoll die überragende Bedeutung, die dieses Thema für das Land in den kommenden Jahren entwickeln wird. Auch hierbei geht es darum, möglichst alle Akteure an einen Tisch zu bringen und die bestmöglichen Lösungen im Sinne eines vorsorglichen Umweltschutzes zu erreichen. Auch hierbei werden wir natürlich auf den Sachverstand der Bezirksregierungen und die Integrationswirkung der Regionalräte nicht verzichten.

- (B)

Für die Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen erwarten wir in den nächsten Wochen den Landesplanungsbericht der Landesregierung. Hier nach werden wir unverzüglich in die Diskussion über die notwendige Umsetzung des europäischen Raumordnungskonzeptes EUREG und der Raumordnungsgesetze des Bundes eintreten. Wir werden hierbei sicherstellen, dass sowohl Landesplanungsgesetz als auch die hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen folgendes sicherstellen:

1. Erhöhung der Integrationswirkung im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung;
2. die Stärkung der Regionen als räumliche Handlungsebene und die Stärkung der Durchsetzbarkeit von Raumordnungsplänen auch auf den unteren Ebenen.

(C) Ich bin sicher, lieber Herr Kollege Ellerbrock, dass hier ein Thema besteht - Sie haben sich vorhin eindrucksvoll dafür ausgesprochen -, dem wir uns unabhängig von unterschiedlichen politischen Überzeugungen sachlich, konsequent und konstruktiv zuwenden können. Wenn wir das Instrumentarium vorgelegt bekommen haben, werden wir es im Ausschuss intensiv diskutieren. Ich bin sicher, dass wir nach erfolgter Diskussion zu einem guten, konsequenten und durchsetzungsfähigen Instrumentarium kommen, das uns in die Lage versetzt, künftig Landesplanung, Raumordnung und Regionalpolitik konstruktiv und gut umsetzen zu können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Strehl. - Das Wort hat der Abgeordnete Ellerbrock von der F.D.P.-Fraktion.

Holger Ellerbrock (F.D.P.): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sahnen, lassen Sie mich mit Ihrem Eingangsstatement beginnen, wonach die Kolleginnen und Kollegen der Landesplanungsbehörde im Mittagsschlaf waren. Ich weiß aus eigener Erfahrung: Das ist nicht der Fall gewesen. Beamte schlafen sowieso nicht. Sie arbeiten immer, selbst Atmen ist, physikalisch gesehen, Arbeit.

(D) Nur: Wenn die Kolleginnen und Kollegen mit hoher Motorumdrehungszahl gearbeitet haben, der Blinker mal nach links, mal nach rechts, mal nach oben, mal nach unten zeigte, gleichzeitig die Handbremse angezogen war und Gas gegeben wurde, dann hat das schon manche Probleme gebracht. Dazu kommen wir gleich.

Herr Strehl, bei den Ausführungen des Chefs der Staatskanzlei habe ich mich gefragt, warum die ARL über die zukünftigen Leitlinien der Landesplanung eher informiert wird als der zuständige Ausschuss. Aber inhaltlich hat es eine Menge gebracht. Das lässt hoffen.

Sie haben die Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes und auch das Zusammenführen von Landesentwicklungsplan und gesetzlicher Landes-

(Holger Ellerbrock [F.D.P.]

- (A) entwicklung angekündigt. Das Instrumentarium soll handhabbarer, soll schlanker werden. Das ist sinnvoll, das ist richtig.

Entscheidungen der Landesplanungsbehörde sollen zu schnellerer Rechtssicherheit für alle Beteiligten führen. Wer zu Recht in der Öffentlichkeit schnellere Genehmigungsverfahren der Verwaltung anmahnt, wie Sie, Herr Ministerpräsident, das tun, muss natürlich selbst ein Vorbild liefern. Ich habe Ihren Worten eben entnommen, dass Sie von 130 Mitarbeitern der Landesplanungsbehörde gesprochen haben. Das wird ein durchsetzungsfähiges Instrumentarium werden. Ich freue mich schon darauf.

Man muss aber eines sagen. Ich gucke in das Gesetzes- und Verordnungsblatt und lese da positiv: 6. März Genehmigung GEP Greven, 7. März GEP-Genehmigung Hünxe. Dann kommt die Zangengeburt: 12. März Kirchheller Heide GEP-Genehmigung, GEP-Genehmigung Oberhausen 14. März. Da kann ich nur sagen: Weiter so, das ist richtig! Das zeigt, dass vor Ort in den Regionalräten gut vorbereitet worden ist, denn diese Genehmigungen sind ohne Auflagen vernünftig weitergelaufen.

- (B) Meine Damen und Herren, das zeigt in die richtige Richtung. Herr Ministerpräsident, es musste auch einmal gesagt werden, dass wir im Parlament darauf achten, wie das Ziel "Genehmigungsbeschleunigung" umgesetzt wird.

Herr Strehl, Herr Sahnen, wir können ein paar Punkte aufgreifen, bei denen wir bei der zukünftigen Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes Gemeinsamkeiten finden können: zeitliche Befristungen für die Stellungnahmen innerhalb der Ressorts, das ist eine innerorganisatorische Angelegenheit, aber wir müssen uns mit der Frage Beherrschung und Einvernehmensherstellungen auseinander setzen. Welche Funktionen hat die Staatskanzlei im Entscheidungsprozess? Wenn die Staatskanzlei da gestärkt wird, kann ich das nur begrüßen.

Gibt es da nicht auch die Möglichkeit, lediglich Anzeigepflichten bei GEP-Änderungen vorzunehmen, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden? Wie sieht es mit der Verknüpfung von Struktur- und Umweltpolitik, Regionalkonferenzen, Regionalräten, GEP und LEP aus? Das ist die Verknüpfung zum Wirtschaftsminister mit

seinen Regionalkonferenzen, wobei auf der personellen Ebene - das kann ich wirklich sagen - mit den Kolleginnen und Kollegen eine gute Zusammenarbeit stattfindet. Wie sieht es mit der länderübergreifenden Koordination Richtung Belgien, Richtung Niederlande aus? (C)

Meine Damen und Herren, heute ist viel über Kommunalpolitik geredet worden. Haben wir Vertrauen in unsere Regionalräte! Das sind gestandene Kommunalpolitiker. Hier hat sich im Großen und Ganzen das Gegenstromprinzip bewährt.

Landesplanung soll operationalisiert werden. Es soll auch geholfen werden, zu verwirklichen, was geplant ist.

In einer Podiumsdiskussion habe ich einen schönen Spruch von einer Frau namens Anne Leuwer aus Stadtkyll in Rheinland-Pfalz gehört: Sie hat bei der Umsetzung der Planungen gefordert, nicht nur zu theoretisieren, die Planung sei ein akademisches und monokapitalistisches Hebelinstrument, sondern Planung, das sei ein Dienstleistungsinstrument: Das ist der Spaten, mit dem wir Regionalpolitik machen. - Dieses Zitat will ich gerne aufgreifen und verinnerlichen.

Meine Damen und Herren, die F.D.P. hat einen Antrag eingebracht, Standorte in Nordrhein-Westfalen für die Wirtschaftsansiedlung tatsächlich verfügbar zu machen. Ich habe dazu positive Anregungen bekommen - aus den Kammern, von Arbeitnehmervertretern, aus der Arbeitsverwaltung und in deren Gefolge auch von den Kommunen. (D)

Ich sage das mit allem Ernst: Wir müssen jede - ich sage bewusst: jede - Chance nutzen, gewerblich-industrielle Arbeitsplätze, Arbeitsplätze für einen dicken Daumen, zu sichern und zu schaffen; denn jeder Arbeitslose, der in Lohn und Brot kommt, senkt die Kosten des Bundes. Jeder Langzeitarbeitslose in Lohn und Brot senkt die Sozialhilfekosten, von der Befreiung des jeweils persönlichen Schicksals ganz zu schweigen.

Wenn die Regional- und Landesplanung dazu einen Beitrag leisten kann, dann ist das eine ganz entscheidende Funktion, und es macht sicher auch Spaß, dabei mitzuwirken. Es müssen ja nicht alle 13 Gebiete auf einmal verfügbar sein. Man kann Schritt für Schritt vorgehen. Man kann das austesten. Ich denke etwa an die äußere Er-

(Holger Ellerbrock [F.D.P.]

- (A) schließung. Ich denke an die Standorte, wo eine Ansiedlung am ehesten wahrscheinlich erscheint.

Lassen Sie uns das als Aufgabe an die Regionalräte herantragen, sodass sie in jedem Regierungsbezirk versuchen können, eine besonders geeignete Fläche zu finden. Dann können wir dort investieren. Das ist die richtige Investition in die Zukunft.

Ich glaube - da möchte an das anknüpfen, was ich soeben gesagt habe, meine Damen und Herren -, wenn wir es schaffen, hier im Landtag und in den Ausschüssen die Abstimmungsrituale, die außerhalb dieses Gebäudes überhaupt keinen interessieren, zu durchbrechen und sachlich richtige Lösungen nach vorne zu bringen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Das ist die Chance, auch junge Leute an die Politik und an politische Entscheidungen heranzuführen.

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, nutzen wir die Chance und zeigen wir, dass wir Parlamentarier fähig und bereit sind, aufeinander zuzugehen.

- (B) Ich muss den Kollegen Strehl, unseren Ausschussvorsitzenden, angucken, der im Ausschuss immer sehr genau darauf achtet, dass wir sauber zitieren. Ich weiß aber nicht, wer das Zitat gebracht hat. Ich glaube, es war ein Grafitti, ein Sprühspruch:

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, stark sein heißt auch, Schwäche zeigen zu können. Warum fällt es Ihnen oftmals so schwer, zuzugestehen, dass auch bei der Opposition fruchtbare Gedanken reifen. - Schönen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Ellerbrock. - Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Rimmel von Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ellerbrock, mit der Fruchtbarkeit ist das so eine Sache. Man muss erst einmal erkennen können, was fruchtbar und was nicht fruchtbar ist.

(Holger Ellerbrock [F.D.P.]: So alt sind Sie doch noch nicht!)

- (C) Ich glaube, wenn wir näher hinschauen, wird das sehr viel geringer, als das in Ihrem Wortbeitrag heute erscheinen mag, und zwar meine ich das, was tatsächlich zukunftsweisend und fruchtbar ist und aus Ihrer Ecke kommt. Aber wenn dem in der anstehenden Diskussion doch so sein sollte, dann können wir das alles sicher mit einbringen.

Ich möchte gerne zu zwei Aspekten Stellung nehmen, die mir besonders wichtig sind.

Herr Sahren, bei Ihnen hörte sich die Landesplanung nach folgendem Motto an: höher, schneller und weiter. Auch Herr Ellerbrock hat die Landesplanung etwas degradiert, und zwar als Dienstleistung, als Dienstmagd zur Beschleunigung von Projekten.

Ich glaube, Landesplanung ist in ihrer Bedeutung sehr viel mehr als "höher, schneller und weiter" bzw. die Frage der Beschleunigung von Projekten. Wenn die Landesplanung als Instrument der politischen Steuerung und Planung ernst genommen wird, dann ist sie ein Wert an sich. Nur, die Richtung muss stimmen. Darüber, über die Richtung müssen wir uns in der Tat unterhalten. In das Bundesraumordnungsgesetz sind hier entscheidende neue Passagen eingefügt worden; ich will das für meine Fraktion unterstreichen. Nachhaltige Raumentwicklung zeigt deutlich die Richtung an, in der sich Landesplanung entwickeln muss.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Rimmel, würden Sie eine Frage von Herrn Ellerbrock zulassen?

(Zuruf von der SPD: Nein, nein!)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich würde gerne erst meinen Gedanken ausführen. - Nachhaltige Raumentwicklung bedeutet auch neue Herausforderungen an die Politik und die Verwaltung schlechthin. Das impliziert auch Verwaltungsmodernisierung. Wenn wir darüber nachdenken, erst Ziele zu definieren, dann Qualitäts- und Handlungsziele daraus abzuleiten und ein neues System von Controlling einzuführen sowie an das Controlling auch die Finanzen zu binden, dann heißt das, dass wir eine andere Zuweisung von Aufgaben haben. Das sind Aufgaben für die Verwaltung und die Politik. Politik muss sich vielleicht darauf konzentrieren, die Aufgaben eines Verwaltungsrates wahrzunehmen.

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) men und die politischen Leitlinien zu definieren, Ziele vorzugeben und danach das Verwaltungssystem zu orientieren. Das bedeutet auch Verwaltungsmodernisierung. Das bedeutet auch eine Abflachung von Hierarchien. Schließlich beinhaltet das auch das Gegenstromprinzip.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

All das sind Herausforderungen. Die müssen wir ernst nehmen. Zum Teil haben wir aber noch gar nicht damit begonnen, sie anzugehen.

Das alles wird durch den Begriff nachhaltiger Raumentwicklung impliziert. Dies setzt voraus, dass sich auch das Verwaltungshandeln und die politische Zielfindung entsprechend neu sortieren.

Ein zweiter Gedanke ist hier ebenfalls schon angesprochen worden: Für uns war im Zusammenhang mit der Diskussion des Landeshaushalts wichtig, die Position, die wir im Zweiten Modernisierungsgesetz beschlossen haben, auch umgesetzt zu sehen. Das leistet dieser Landeshaushalt. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir haben noch eine Position hinzugefügt; Herr Strehl hat das erwähnt. Wenn man will, dass man die Regionen stärkt und das Gegenstromprinzip betont, dann muss die entsprechende Ausstattung vorhanden sein. Die Regionalräte sind durch die Koalitionsfraktionen entsprechend einem Antrag so ausgestattet worden, dass sie ihrer Arbeit und den neuen Aufgaben, die sie zugewiesen bekommen haben, nachkommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist dazu nötig, das Landesplanungsgesetz an einer kleinen Stelle zu ändern. Das werden wir in Kürze tun, damit das Geld, das wir jetzt eingestellt haben, auch ausgezahlt werden kann.

Insofern bin ich ganz gespannt, wie die Dinge voranschreiten. Die ersten Schritte haben wir durch das Zweite Modernisierungsgesetz getan. Ich nenne hier insbesondere die integrierte Verkehrsplanung.

Der Gedanke der Integration der verschiedenen Planungsbereiche im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung liegt vor uns. Das ist ein weites

Feld. Ich freue mich auf die Debatte, und ich bitte, dem Haushalt zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Remmel. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Ministerpräsident Clement das Wort.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich wiederum auch für diese Debatte. Man weiß schon gar nicht mehr, bei wem man sich für welche Danksagung bedanken soll. Wenn ich all das, was die Verteilung der Kompetenzen anbelangt, addieren würde und dann noch schaffte, die dazwischen liegenden Gräben zu überwinden, wäre das wirklich ein gelungener Wurf und wir hätten eine sehr zufriedenstellende Debatte.

Zu der Zeit, als ich gelegentlich noch mit dem Hubschrauber über das Land fliegen durfte,

(Allgemeine Heiterkeit)

konnte man sich ---

(Zuruf des Horst Engel [F.D.P.])

- Ihr Vorsitzender hat natürlich ständig diesen Blick von oben.

Wenn man dann noch das Glück guter Sichtverhältnisse hat, erkennt man, dass unser Land raumordnerisch unglaublich gut geordnet ist. Es ist nicht unwichtig, sich vor Augen zu führen, dass wir keinen unübersichtlichen Stadl übernommen haben und dort arbeiten, sondern dass wir in einem glänzend strukturierten Land leben.

(Horst Engel [F.D.P.]: Darauf sind wir stolz!)

Es ist wunderbar, das in seinen Einzelheiten zu erkennen.

Herr Staatssekretär Adamowitsch, der sich mit diesem Thema sehr viel intensiver befasst und sich in dieser Materie sehr viel besser als ich aus-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) kennt, hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht, dass Grundlagen für diese wunderbare Raumordnungspolitik von dem Mann gelegt worden sind, den wir heute morgen hier gefeiert haben: Karl Arnold! Ich bitte alle, die jetzt von Karl Arnold schwärmen, das einmal zu bedenken. Das ist nämlich auch dann gut, wenn es beispielsweise um die Braunkohle geht. Er hat damals die Grundlagen für eine vernünftige und groß angelegte Braunkohlenplanung und Entwässerungsplanung gelegt.

Ohne diese Vorarbeiten, die über Jahrzehnte hinweg entwickelt worden sind, befänden wir uns nicht in dieser heute letztlich sehr komfortablen Situation.

Dann möchte ich auf etwas wirklich Unterhaltsames hinweisen: Wenn ich richtig orientiert bin und die heutige Rechtslage zur Raum- und Landesplanung buchstabengetreu, auf Punkt und Komma ganz genau auslegte und nicht von dem rechtmäßigen Ermessen Gebrauch machte, dann dürfte ein Stadion wie das "auf Schalke" gar nicht gebaut werden. Dort dürfte höchstens eine regionale Sportstätte entstehen, jedenfalls nicht eine in der Dimension, wie Sie sie sich gelegentlich einmal anschauen sollten.

- (B) Natürlich ist es - lassen Sie mich das zaghaft andeuten - an der Zeit, die Rechtslage zu überprüfen und eine Modernisierung vorzunehmen. Deshalb werden wir voraussichtlich noch vor der Sommerpause den Landesplanungsbericht vorlegen. Ich gehe davon aus, dass wir alsbald nach der Sommerpause die parlamentarische Beratung dazu durchführen können.

Anschließend - noch vor Jahresende, vermute ich - möchten wir eine Novelle zum Landesplanungsgesetz einbringen. Dann werden wir darüber zu diskutieren haben, wie wir in Zukunft verfahren. Unsere Vorstellung geht schon in die Richtung, dass wir dabei unter Beachtung dessen, was in Nordrhein-Westfalen sehr sorgfältig entstanden ist, die kommunale und regionale Kompetenz nach Möglichkeit stärken, so wie das im Übrigen der Linie der Landespolitik insgesamt entspricht. Dabei geben wir natürlich nicht die Steuerungsfunktionen für das Land aus der Hand, leiten aber eine Entwicklung ein, die die Regionen gebührend zu Wort kommen lässt. So ist das ja auch in den Regionalräten angelegt.

(C) Es geht nicht um die letztendliche Entscheidung, sondern um die Mitwirkung der Regionalräte, die diesen Namen tatsächlich verdient. Auch geht es um eine Neuausrichtung der Gewerbeflächenpolitik. Ich habe - dass das niemand falsch versteht - nicht von ungefähr auf dieses wohlgeordnete Land hingewiesen. Auch in Zukunft werden wir natürlich auf eine sehr vernünftige und sehr sorgfältige Freiflächenpolitik zu achten haben. Niemand wird über diesen Zusammenhang leichtfertig hinweggehen. Aber beispielsweise geht es darum, in der kommunalen Gewerbeflächenpolitik neue Spielräume für interkommunale Gewerbeflächen zu eröffnen, von denen wir jetzt schon eine ganze Menge haben. Wir haben auch einige Novitäten eingeleitet, die ich für sehr vernünftig halte.

Was die Arbeit der Regionalräte angeht - wir reden Gott sei Dank über ein offensichtlich unbestrittenes Ergebnis der Verwaltungsmodernisierung -, werden wir sehen, dass wir damit ein sehr vernünftiges Instrument eingesetzt haben.

Meine letzte Bemerkung: Seit Juli letzten Jahres hat die Landesplanungsbehörde in einem Teilabschnitt in der Region Köln einen Gebietsentwicklungsplan genehmigt. Ein weiterer Plan steht sehr kurz vor der Genehmigung. Inzwischen sind seit Juli 16 Gebietsentwicklungsplanänderungen genehmigt worden. Das ist, so denke ich, eine vernünftige Antwort auf den Wunsch, dass die öffentliche Verwaltung rasch handelt. Das tut sie, und zwar ohne einen Zeitverzug. Deshalb können wir mit der geleisteten Arbeit einigermaßen zufrieden sein und sehen der Zusammenarbeit - die Bereitschaft hierzu habe ich Ihren Beiträgen entnehmen können - sehr zuversichtlich entgegen.

(D) Es könnte - deshalb will ich das noch einmal unterstreichen - der falsche Eindruck entstehen, durch die organisatorische Veränderung in der Landesregierung sei etwas eingetreten, das die bisherigen Grundsätze der Landesplanung und der Raumordnung über den Haufen werfen würde. Das ist nicht der Fall. Das anzunehmen, wäre ein Irrtum. Wir wollen eine vernünftige und konsequente Weiterentwicklung unter den heutigen Gegebenheiten. Wir wollen in der Folge rasche Entscheidungen der Behörden, soweit diese Entscheidungen fällig sind. Davon haben wir in der letzten Zeit einige erlebt. Ich freue mich, dass das

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) bei Ihnen offensichtlich auf Zustimmung stößt. -
Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Johannes Remmel [GRÜNE])

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Teilbereich liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zum Teilbereich

c) Europaangelegenheiten

Für die CDU-Fraktion erhält zunächst Frau Kollegin Keller das Wort.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wir von der CDU sind sehr betroffen, dass Sie gerade im Europa-Haushalt 2 Millionen DM einsparen wollen. Wir müssen doch feststellen, dass von 13,1 Millionen DM im letzten Jahr der Haushalt im Entwurf auf 10,6 Millionen DM zurückgeführt wird. Wir fragen uns natürlich, ob das jetzt die Definition der neuen Rolle in Europa ist. Aus unserer Sicht ist diese Frage mit einem ganz klaren Nein zu beantworten. Der Euro steht vor der Tür.

(B)

Diejenigen, die Europa bisher vielleicht noch nicht so wahrgenommen haben, werden das - da sind wir ganz sicher - jetzt ganz schnell nachholen. Denn wenn es um die eigene Geldbörse geht - das kennen wir alle -, wird der Weg sehr viel kürzer.

Der europäische Einigungsprozess ist im Jahre 2001 aktueller denn je. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben das in Ihrer Rede an der Humboldt-Universität in Berlin deutlich gemacht. Sie wollen sich, wenn es um das europäische Engagement geht, immer gern an Bayern messen lassen. Wir haben festgestellt, dass der Haushalt von Bayern, obwohl es viel weniger Einwohner hat als Nordrhein-Westfalen, für Europa 10 Millionen DM mehr ausweist als unser Haushalt.

Ich will heute nicht auf das Für und Wider in Ihrer Rede vom 4. Februar in Berlin eingehen. Aber es stellt sich für uns die Frage: Was geschieht außer symbolischer Politik an praktischer Umsetzung?

Wir hören von einem NRW-Drei-Säulen-Haus in Brüssel. Ab September soll das losgehen. Wo steht dazu etwas im Haushalt? Wir haben nichts finden können. Uns wurde gesagt: Die erste Säule ist die Landesvertretung, die zweite Säule die Weiterbildung, die dritte Säule sind die Verbände und Kommunen. Wo ist das im Haushalt erfasst? Oder ist das ein Sponsoring der WestLB oder der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung? Das hätten wir gerne gewusst.

(C)

In Bayern hat man so etwas schon einmal versucht, hat es aber wieder ad acta gelegt. Wo findet eigentlich eine Koordinierung der Landespolitik auf EU-Ebene statt? Auch das würde uns interessieren. Ist das alles Zufall und nur spontan? Wo findet eigentlich eine Untersuchung, ein Briefing, eine Unterrichtung der Europaabgeordneten aus NRW statt? Wo werden wir, die Abgeordneten, im Vorfeld in Entscheidungsprozesse eingebunden und nicht nur anschließend unterrichtet?

Wenn man Länderkompetenzen einfordert - aus unserer Sicht mit Recht; wir sind damit sehr einverstanden und begrüßen das -, muss man vor allem eine demokratische Legitimation vor Ort durch das Parlament zulassen. Wenn man das für Europa will, dann hier erst recht.

(D)

Für uns ist auf Landesebene das Subsidiaritätsprinzip eine Zukunftsstrategie für Europa. Hier liegt - da sind wir sicher - der Schlüssel für eine zukünftige Gesellschaft. Das ist eine zentrale Zukunftsaufgabe gerade auch im Hinblick auf die Osterweiterung. Dazu brauchen wir auch die nötige Finanzausstattung.

Ich stelle hier die Frage: In welchem Rang steht die Europapolitik? Ich bedauere, feststellen zu müssen: Das Geld ist kein Gradmesser.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch die Zeit heute Abend ist kein Gradmesser. Ich bin gespannt, Herr Ministerpräsident, was Sie uns jetzt über die Zukunft mitteilen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Keller. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Lagemann das Wort.

- (A) **Inge Lagemann (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Kürzungen im Haushaltsentwurf 2001 in Kapitel 30 - Internationale Zusammenarbeit - des Einzelplans 02 in der Größenordnung von 2,6 Millionen DM machen sich die im Europa- und Eine-Welt-Ausschuss beschlossenen fünf Erhöhungsanträge von 345.000 DM, denen noch eine Einsparung von 76.000 DM entgegensteht, bescheiden aus.

Bei unseren Erhöhungsanträgen ging es uns darum, die Mittel für Euregio-Geschäftsstellen auf dem Vorjahresniveau zu verstetigen. Von der Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im deutsch-belgischen und deutsch-niederländischen Grenzgebiet konnte sich der Europaausschuss noch in der letzten Woche in Gesprächen mit dem flämischen und dem niederländischen Parlament einmal mehr überzeugen. Transeuropäische Netze wie die Betuwe-Linie und der Eiserne Rhein als West-Ost-Achsen sind unzweifelhaft wichtige Infrastrukturmaßnahmen im europäischen Wettbewerb der Regionen. Des Weiteren wollen wir durch Ansatzaufstockungen die Organisationen in Nordrhein-Westfalen unterstützen, die mithelfen, den Europagedanken zu verbreiten.

- (B) Die Informationspflicht im Vorfeld der Einführung des Euro im nächsten Jahr obliegt der Europäischen Zentralbank. Für die Information zur EU-Erweiterung hat die EU-Kommission den Mitgliedstaaten Mittel zur Verfügung gestellt. Unser Europaminister ist guten Mutes, dass davon auch Mittel in unser Bundesland fließen.

Dem Antrag der CDU im Ausschuss auf Aufstockung der Zuschüsse für Projekte im Ausland konnten wir nicht unsere Zustimmung geben. Das Land darf sich in der Auslandsarbeit nicht nach dem Gießkannenprinzip verhalten, sondern muss sich auf einzelne Länder konzentrieren. Die langjährige Zusammenarbeit des Landes mit der Woiwodschaft Schlesien ist gerade neu paraphiert worden. Gleichzeitig gibt es die Zusammenarbeit mit Ungarn nicht nur im Rahmen der Außenwirtschaftsoffensive des Wirtschaftsministers, sondern auch durch eine gerade erfolgte Reise mit einer Wirtschaftsdelegation.

Die Liste der Zusammenarbeit von Ministerien unseres Landes mit den EU-Erweiterungsländern

- kann fortgesetzt werden. So gibt es z. B. ein Twinning-Projekt Justizministerium mit Estland. (C)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Mittel der EU für das Land Nordrhein-Westfalen finden sich natürlich in den Einzelplänen der Ministerien wieder. Acht Ministerien sind davon im Jahre 2001 betroffen. Ich nenne nur die drei dicksten Brocken: 660,5 Millionen DM im Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, 468 Millionen DM im Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, 275,5 Millionen DM im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hierbei sind nicht die Mittel in Höhe von 843,9 Millionen DM eingerechnet, die unmittelbar von der EU an die landwirtschaftlichen Betriebe gehen.

Summa summarum fließen also von der EU über 1,4 Milliarden DM in diesem Haushaltsjahr nach Nordrhein-Westfalen.

- Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der europäische Gipfel von Nizza ist erst einige Wochen her. Auf ihm haben die Regierungschefs die institutionellen Reformen beschlossen, die seit zehn Jahren auf der europapolitischen Tagesordnung standen, und sie sind überein gekommen, dass es im Jahre 2004 erneut Verhandlungen über die Weiterentwicklung der europäischen Verträge geben muss. Diesen Verhandlungen soll eine breite europapolitische Diskussion in den Mitgliedstaaten vorausgehen, der Post-Nizza-Prozess. In diesem Prozess müssen wir als Landesparlament die Fragen aufwerfen nach der Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, zwischen Bund und Ländern, auch besonders unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, das wir hier, glaube ich, in aller Einigkeit verfolgen. Wir müssen auch nach der Rolle der nationalen Parlamente und der Regionalparlamente im europäischen Entscheidungsprozess fragen. (D)

Im Vorfeld der Regierungskonferenz 1992 in Maastricht waren entscheidende Forderungen zur Wahrung der Subsidiarität und zur Einbeziehung der Regionen von NRW gemeinsam mit den belgischen Regionen formuliert worden. Dies muss Orientierungslinie für uns im Post-Nizza-Prozess sein.

(Inge Lagemann [SPD])

- (A) Unser Ministerpräsident hat Diskussionsanstöße dazu in seiner viel beachteten Rede an der Humboldt-Universität vor einigen Wochen in Berlin gegeben. Wir müssen als Landesparlament in diesem Jahr die Diskussion führen. Ob dabei der von der EU-Kommission in ihrem Weißbuch angeregte Ansatz der europäischen Governance hilfreich ist, ist zweifelhaft, denn er verlagert Verantwortung vom Staat auf die Zivilgesellschaft und auf die Marktkräfte. Uns schwebt aber mehr die klare Definition von Verantwortung, gerade unter föderalen Aspekten, vor. Das schafft die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit zu so später Stunde.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Lagemann. - Für die F.D.P. hat jetzt das Wort Herr Kollege Brockes.

- (B) **Dietmar Brockes (F.D.P.):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser spätabendlichen Stunde und finde es ehrlich gesagt traurig, dass die Europapolitik leider wieder als einer der letzten Tagesordnungspunkte stattfindet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Da stimme ich zu!)

- Da bekommt man sogar einmal Zustimmung von Seiten der Grünen. Umso mehr freut es mich, dass der Ministerpräsident noch anwesend ist, wobei ich gleichzeitig jedoch mein Bedauern äußern muss, dass zu dieser Debatte der Europa-minister nicht hier anwesend ist. Wir haben seit der letzten Wahl einen Minister für diesen Bereich. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn er hier zu seinem Haushaltsbereich Stellung nimmt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gleichwohl möchte ich die nächsten fünf Minuten zu einer generellen Aussprache zur Europapolitik nutzen, dabei aber weniger auf die einzelnen Haushaltsstellen eingehen, denn vieles von dem, was Europapolitik betrifft, findet sich in den Einzelplänen der anderen Haushalte wieder. Die Frei-

en Demokraten stimmen der Grundausrichtung in der Europapolitik zu, aber Schein und Wirklichkeit, Theorie und Praxis liegen leider weit auseinander. (C)

Richtig ist, dass wir die Kooperation mit den Beneluxstaaten verstärken müssen. In vielen Bereichen haben wir mit diesen Staaten mehr gemeinsam als mit anderen Bundesländern. Richtig ist auch, dass wir mit der Woywodenschaft Schlesien bereits heute eine Regionalpartnerschaft zu einem EU-Beitrittsland, zu Polen, aufbauen, denn gerade Polen wird in Zukunft auch eine wichtige Rolle innerhalb der Europäischen Union haben. Ebenso für richtig halten wir, dass sich Nordrhein-Westfalen in die Debatte zur zukünftigen Struktur der Europäischen Union einmischt und sich für eine Stärkung der Regionen einsetzt. So viel zur Theorie.

Jetzt komme ich zur europapolitischen Realität in Nordrhein-Westfalen. Hier einige Beispiele: Herr Ministerpräsident, Sie sprachen in Ihrer Regierungserklärung davon, dass Sie eine Standortagentur Nordrhein-Westfalen in Brüssel gründen wollen. Dies steht auch schon im Koalitionsvertrag. Meine Damen und Herren, wir waren in der vergangenen Woche mit dem Europaausschuss in Brüssel. Von einer solchen Standortagentur war nichts zu sehen, ja, laut unseren Informationen gibt es dafür noch nicht einmal ein Konzept. Ich frage mich: Wann wird endlich mit der konkreten Arbeit begonnen? Wann folgen endlich die Taten? (D)

Ich nehme ein anderes Beispiel: Ich komme nochmals auf die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten zurück. Sie, Herr Ministerpräsident Clement, hoben, ebenfalls in der Regierungserklärung, den Ausbau der Infrastruktur hervor. Sie sprachen wichtige Projekte, wie die Betuwe-Linie, den Eisernen Rhein und auch die Neunutzung des Flughafens Niederrhein an. Wichtige Projekte, nicht nur für uns, sondern auch für die Niederlande, aber es sind auch jetzt wieder sieben Monate vergangen und nichts, aber auch gar nichts ist in diesen Bereichen geschehen. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Wann folgen auf Ihre Versprechungen die Taten? Wann wird endlich ein gemeinsames Paket mit den Niederlanden geschnürt? Wann wird endlich damit vorangegangen?

Ich komme noch auf einen dritten Bereich zu sprechen, der leider einmal mehr das Demokratie-

(Dietmar Brockes [F.D.P.]

(A) verständnis der rot-grünen Landesregierung verdeutlicht.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

- Hören Sie gut zu, Sie werden gleich merken, dass ich gar nicht so falsch liege.

(Brigitte Speth [SPD]: Das ist aber spät!)

Im Koalitionsvertrag vereinbarten Rot-Grün - Herr Präsident, ich zitiere -:

"Die Landesregierung unterrichtet zum frühestmöglichen Zeitpunkt den Landtag über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union, die für das Land von herausragender politischer Bedeutung sind und wesentliche Interessen des Landes unmittelbar berühren. Bei der Wahrnehmung von Mandaten in europäischen Institutionen durch das Land werden Vertreter und Vertreterinnen des Parlamentes berücksichtigt."

Nun zur Realität: Am 13. Dezember wurde der Ausschuss für Europa und Eine Welt über die Vorlage 13/335 darüber in Kenntnis gesetzt, dass das Kabinett bereits einen Monat zuvor, am 14. November, beschlossen hat, Herrn Prof. Dr. Dammeyer mit der Vertretung im Ausschuss der Regionen zu beauftragen.

(B)

(Brigitte Speth [SPD]: Was ist daran falsch?)

Meine Damen und Herren, ich möchte gar nicht auf Prof. Dammeyer zu sprechen kommen, denn dazu gibt es auch unterschiedliche Meinungen. Nein, viel schlimmer ist das Vorgehen: Statt einer Beteiligung und einer Berücksichtigung des Parlamentes wurde noch nicht einmal eine frühestmögliche Unterrichtung durchgeführt. Das, meine Damen und Herren, ist leider die Realität, wie die Politik hier in unserem Lande stattfindet. Schein und Wirklichkeit rot-grüner Politik liegen weit auseinander - leider auch in der Europapolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Brockes. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich auf den Kollegen Brockes eingehen. (C)

Ich finde es schon sehr merkwürdig, an dem Beispiel ADR und Benennung von Dammeyer das Demokratiedefizit im Parlament oder im Ausschuss festzumachen. Bei diesem Vorgang handelt es sich um eine koalitionsinterne Maßnahme, über die wir abgestimmt haben.

(Dietmar Brockes [F.D.P.]: Darüber wurden wir nicht informiert!)

- Dann werden Sie darüber informiert. Vom Personal her waren Sie auch nicht zuständig, und da wollen wir die Pflanzen im Dorf lassen.

Wenn Sie andere Themen genannt hätten, hätten wir uns vielleicht noch darauf verständigen können. Aber das ist nun das allerschlechteste Beispiel, das Sie gewählt haben. Es ist bedauerlich, dass Sie gerade den ADR zitieren, von dem wir im Grunde genommen regelmäßig über die Beschlussfassungen rechtzeitig Informationen erhalten. Auch der Europaminister ist sehr bemüht, uns im Ausschuss darauf hinzuweisen, was passiert. In dem Zusammenhang kann man überhaupt nicht diskutieren, dass wir im Nachklang irgend etwas falsch machen würden. Das sehe ich anders. (D)

Zurück zum Haushalt: Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Notwendigkeit gesehen, dass im Haushaltsplan Europa- und internationale Angelegenheiten noch Veränderungen vorgenommen werden müssen. Es ist offensichtlich, dass dieser Haushaltsbereich bescheiden ausgestattet ist: bescheiden, gemessen an der wachsenden Bedeutung Europas, aber noch angemessen, was an organisatorischem Aufwand zu leisten ist.

Ein Zugewinn - das muss man hier auch klar sagen - ist es eben auch, wenn ein Europaminister strukturelle Positionen einnehmen kann, sodass man viele Dinge ausgleichen kann, die vielleicht in den letzten Jahren nicht so ganz in den Vordergrund gerückt wurden.

Daher freut es mich auch, dass wir als Koalitionsfraktionen Aufstockungen in den Bereichen Pflege der Auslandsbeziehungen, Europainitiative, För-

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) derung des Europagedankens, Euregio sowie der Europaunion durchsetzen konnten.

Wie wir mit dem Antrag der CDU verfahren sind, hat Kollegin Lagemann schon aufgezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja noch ein langer Weg, bevor wir in Politik und Gesellschaft fähig werden, unsere kommunalen, regionalen, nationalen, europäischen und internationalen Interessen und Ideen unter einen Hut zu bekommen bzw. auf eine einheitliche und logische Reihe zu bringen. Allzu gerne wird hier eines gegen das andere ausgespielt, auf einer dieser Ebenen aufgetrumpft, sich profiliert anstatt die Synthese zu suchen. Denn: Vielleicht ist es auch zu anstrengend, zu mühevoll und zu kompliziert.

Ich finde, dass Kritik an den anderen Ebenen immer erlaubt ist. Wir müssen als Bundesland unsere Rolle spielen. Aber markige Sprüche mit Blick auf den eigenen Bauch und Ländernabel sind auch nicht so souverän.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, ohne konstruktive Arbeit kommen wir im europäischen Bereich nicht voran. Wir müssen uns als Nordrhein-Westfalen fit für Europa machen. Dazu braucht es enge, vertrauensvolle Kontakte zu unseren Nachbarstaaten.

(B)

Was wissen wir denn schon darüber, wie unsere Nachbarinnen und Nachbarn über gesellschaftliche Probleme, über wirtschaftliche Lösungen und über Umweltpolitik denken? - Meine Fraktion hat dazu gerade erst eine Reise in die Niederlande unternommen, um sich z. B. über Migrations- und Integrationspolitik schlau zu machen und sich Ideen zu holen. "Von den Nachbarn lernen" heißt die Devise. Der Ausschuss hat die Gelegenheit genutzt, sich ebenfalls in den Benelux-Ländern zum Thema "Eiserner Rhein" und dem neuen Thema "Governance" und die Ausstrahlungen darüber, die bei der Europäischen Kommission diskutiert werden, zu informieren.

Es braucht eben vielfältige Anstrengungen, die auch über die Staatskanzlei zu organisieren sind. Wir unterstützen die Intensivierung des Austausches in die Benelux-Länder hinein. Dazu gehören meiner Meinung auch Vorbereitungen zur Euro-Einführung, Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit jungen Menschen, die hier lernen

wollen, mit Organisationen, die sich darum bemühen, den Europagedanken in der Gesellschaft darzustellen. Dafür müssen wir Mittel bereitstellen. Dafür sind im Haushalt Mittel vorhanden. Da gestalten wir auch die Arbeit. (C)

Vorhin schon erwähnt: Die Arbeit eines Europa-ministers braucht es eben auch, um die Wege nach, von und in Europa zu begleiten und zu gestalten. Das darf man nicht vergessen: Wir als Parlament haben die Aufgabe, die parlamentarische Auseinandersetzung im Ausschuss zu führen, damit wir als Mitglieder eines Europas, das zusammenwächst, auch den europäischen Integrationsprozess im Rahmen der Osterweiterung gestalten und neue Zeichen setzen. Ich bin gespannt darauf, wie wir zu Beginn der Legislaturperiode diese Herausforderung annehmen werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Koczy. - Für die Landesregierung spricht nun Herr Ministerpräsident Clement.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir zum dritten Mal eine Freude, dass ich mich für eine sehr konstruktive Diskussion bedanken darf. (D)

Vielleicht darf ich eingangs für Herrn Kollegen Samland um Verständnis bitten. Er befindet sich zurzeit in Berlin in einem Gespräch, das regelmäßig mit den Vertretern Bayerns, Sachsens und Niedersachsens geführt wird. Diese bereiten die europapolitische Position der Länder vor, und es ist schwierig, dort abzusagen. Wie Sie wissen, ist es schwierig, solche Termine zustande zu bringen. Ich bitte also um Verständnis.

Herr Kollege Brockes, Sie haben auf die Berufung von Herrn Kollegen Dammeyer in den Ausschuss der Regionen und eine mangelnde Information angespielt. Ich denke, Frau Kollegin Koczy hat Ihnen schon zu Recht aufgezeigt, was dies mit Demokratieverständnis zu tun hat oder auch nicht. Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, dass die Mitglieder des Ausschusses nach der

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Entscheidung der Landesregierung sofort schriftlich informiert worden seien, sodass ich daraus nur schwer einen Verstoß gegen Demokratieprinzipien und Ähnliches erkennen könnte.

Frau Kollegin Keller und Herr Brockes, soweit Sie die finanzielle Ausstattung ansprechen: Jawohl, wir sparen im europapolitischen Teil des Etats der Staatskanzlei.

Es wirkt sich irgendwo aus, wenn die Ausgaben des Landes reduziert werden müssen, um beispielsweise bildungspolitische Aufgaben zu erfüllen. So wirkt es sich auch hier aus. Ich habe - wie alle anderen auch - das zu akzeptieren.

Ich finde Ihre Diskussionsbeiträge dazu allerdings ein bisschen amüsant, wenn ich das schon anhand eines Einzelplans, nämlich dem der Staatskanzlei, auszubaden habe. Auf der einen Seite wird mir vorgeworfen, wir gäben zu viel Geld für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit aus, auf der anderen Seite wollen Sie gern, dass ich mir ein Vorbild an Bayern und den Ausgaben Bayerns in Brüssel nehme. Da kann ich Ihnen nur sagen: Jawohl, Sie haben Recht. Solange Bayern und wir Europapolitik betreiben, gibt Bayern dort sehr viel mehr Geld aus. Bayern ist, wie Sie wissen, zurzeit dabei, sich in Brüssel ein Schlösschen zuzulegen. Dieses Schlösschen liegt direkt im Schatten des Gebäudes des Europäischen Parlaments. Dieses wunderbare Schlösschen ist ungefähr die beste Unterkunft, die man in ganz Brüssel bekommen kann. Es ist übrigens ungefähr auch die teuerste, die man in Brüssel bekommen kann.

- (B) Dort hinten auf der Bank sitzt die Präsidentin des Landesrechnungshofs. Ich stelle mir vor, was Sie mir sagen würden, wenn sich der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen mit seinem Europaminister eine solche Unterkunft besorgt hätte!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich stehe wirklich für alles zur Verfügung. Aber gelegentlich muss man die Vorwürfe einfach ein bisschen ordnen.

Zur Standortagentur, Frau Kollegin Keller und Herr Kollege Brockes! Insbesondere Herr Kollege Samland verfolgt das Konzept einer Standortagentur, bei der er die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen und den kommunalen Spitzenverbänden

sucht. Die Gespräche sind im Gang. Sie haben noch nicht zur Etreife geführt. Herr Kollege Brockes, wenn Sie an dieser Stelle wären, hätten Sie das natürlich alles fertig, vor allen Dingen deshalb, weil Sie sich so gut in Brüssel zurechtfinden. Aber es bleibt relativ schwierig, und deswegen werden wir das in aller Ruhe tun. Wir setzen darauf, dass es gelingt. Wir werden sehen, ob es gelingt. Wenn es gelingt, wird diese Standortagentur installiert. Solange sie noch keine Etreife hat, Frau Kollegin Keller, ist sie eben nicht im Etat des Landes. In Anbetracht der Finanzsituation ist das ja vielleicht nicht ganz so schlecht.

Herr Kollege Brockes, vieles habe ich verdient, aber sicherlich keine Kritik wegen mangelnder Bereitschaft, mich mit den Benelux-Staaten auseinander zu setzen. Ich tue das in sehr konstruktiver Weise. Ich vermeide wiederum das Wort "Stolz", sondern ich sage: Ich bin zufrieden mit den Fortschritten in der Zusammenarbeit zwischen den Benelux-Staaten und Nordrhein-Westfalen. Diese sind nämlich wirklich beeindruckend. Jedenfalls sagen das alle anderen. Ich würde mich auch ein bisschen dagegen verwahren, wenn gesagt würde, dass dies alles Theorie sei. Diejenigen, mit denen ich in den Niederlanden, in Belgien und in Luxemburg zusammentreffe, halten das nicht für Theorie, sondern für Politik.

Das ändert aber nichts daran, dass es Interessensgegensätze geben kann, wenn es z. B. um die Genehmigung eines Flughafens auf deutscher Seite in unmittelbarer Nähe der deutsch-niederländischen Grenze geht. Dann gibt es - das ist nicht zu bestreiten - Interessensgegensätze. Das ist nicht zu bestreiten, wenn es um die Betuwe-Linie geht. Die Niederländer bauen ihre Strecke mit allem Nachdruck. Aber es ist schwer, den deutschen Bundesverkehrsminister mit seinen finanziellen Möglichkeiten dazu zu bringen, auf unserer Seite die entsprechenden Finanzmittel einzusetzen.

Und es ist drittens nicht ganz leicht, beim Eisernen Rhein, den Sie als drittes Beispiel erwähnt haben, belgische und niederländische Interessen so in Übereinstimmung zu bringen, dass der Eisernen Rhein auch noch heil auf deutscher Seite ankommt.

Es ist alles nicht so einfach. Sie verlangen von einem Ministerpräsidenten aus Nordrhein-Westfa-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) len, dem Sie im Übrigen alles Geld wegnehmen wollen, dass er mit einem Federstrich sagt: Niederländer, Belgier, an die Seite, wir bauen! Das funktioniert nicht. Man braucht dazu etwas mehr Zeit. Dazu braucht man auch Geduld. Diese Geduld muss man aufbringen, und diese Geduld haben wir, und ich sage Ihnen: Wir werden auf allen drei Feldern zum Ziel kommen. Aber es dauert länger, als Sie es jetzt von mir erwarten. In Ihrem Alter haben Sie das gute Recht, mich zeitlich unter Druck zu setzen. Ich stehe aber angesichts meines Alters noch mehr unter Zeitdruck als Sie.

(Heiterkeit)

Das müssen Sie zugeben. Sie haben noch Spielräume, ich nicht. Ich habe keine Zeit zu verlieren, und - verlassen Sie sich darauf - daran orientiere ich mich auch.

Zum Letzten, Frau Kollegin Keller! Ich bin sehr dankbar für die sehr intensive Begleitung von Frau Kollegin Koczy und meinen Kolleginnen und Kollegen in der Europapolitik. Die europapolitische Positionierung des Landes Nordrhein-Westfalen ist allerdings keine Frage des Geldes. Da sind wir in der Diskussion. Dazu brauche ich kein Geld, um mit Bayern gleichzuziehen, Frau Kollegin Keller, sondern da sind wir in einer Diskussion, in der Nordrhein-Westfalen seine Rolle spielen wird, und zwar entsprechend der Größe und der Interessenlage des Landes, jedenfalls wie ich sie verstehe.

(B)

Ich bin sehr gern bereit - Sie brauchen mich nur einzuladen -, jederzeit über meine Vorstellungen vor Ihnen zu reden. Wenn Sie mich ein bisschen reizen, mache ich das sogar ohne Einladung. Ich bin sehr dafür, dass wir uns nicht darauf beschränken zu beklagen, diese oder jene Diskussion werde nicht geführt. Die Themen liegen auf dem Tisch. Ich habe meine Positionen klar und offen benannt, sowohl in Berlin als auch in Brüssel. Ich bin selbstverständlich bereit, jederzeit vor jedem Gremium diese Diskussion zu führen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie ist nämlich wichtig und überaus spannend, und Sie können sich darauf verlassen, dass ich großes Interesse daran habe, dass wir zum Jahr 2004 mit einigem von dem, was wir uns vorgenommen haben, ins Ziel kommen. Auch das ist nicht so ganz leicht. Denn wir leben, wie Sie wis-

- sen, in einem Europa mit sehr unterschiedlichen Interessen, das sich erweitert. (C)

Ich habe versucht anzudeuten, dass der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland sich schwer tut zu erkennen, wie denn die regionalpolitischen, föderalen Interessen sein könnten.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, das muss er lernen, und das wird er auch lernen. Er hat auf so vielen Feldern große Lernfähigkeit bewiesen. Dann wird er sie auf diesem Feld auch noch beweisen.

(Heiterkeit)

Es hilft alles nichts: Die Länder sind ja nicht völlig ohne Kompetenzen.

Ich will nur deutlich machen: Ich freue mich auf die Diskussion, und wenn gewünscht, sind wir und bin auch ich jederzeit bereit, dazu vor dem hohen Hause Stellung zu nehmen.

(Zuruf der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Stadttor-Gespräch mit Herrn Fischer! Ja, selbstverständlich, sehr gern, wenn er zwischendurch einmal eine Landung hier in Düsseldorf hat. Er ist zwar ununterbrochen unterwegs, aber wenn er hier einmal landet, machen wir gern ein Stadttor-Gespräch. Vorher würde ich aber gern eine Regierungserklärung zu diesem Thema abgeben. - Schönen Dank. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung zum Einzelplan 02 schließe.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 02**, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/802**. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Die Gegenprobe! - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

Wir kommen zu **Nummer 6:**